

»Steine bleiben relevant«

Gemeinsame Grundwerte sind unverwüstlich

Klaus Olshausen

Seit Wochen liegen über dem Nahen und Mittleren Osten dunkle Wolken, die sich im Libanon bereits in einem Krieg entladen haben. Das absorbiert nicht nur viel öffentliche Aufmerksamkeit, sondern auch Politiker und Regierungsapparate der wichtigen Hauptstädte. Aber viele andere Entwicklungen setzen sich fort, in Krisenregionen, in den Staaten Osteuropas bis zum Kaukasus. Auch dort ist Beobachten, Bewerten, Entscheiden und Handeln angesagt. Viele dieser »anderen Themen« sind auch mit der dynamischen Lage im größeren Mittleren Osten indirekt verbunden.

Im Juli hatte ich Gelegenheit, an zwei Veranstaltungen teilzunehmen, einmal in Odessa und Kiew während der kontroversen Phase der Regierungsbildung in der Ukraine, zum anderen beim NATO Defense College (NDC) in Rom. Dort konnte ich mit Botschaftern, die ebenfalls lange und frische Erfahrung in der Allianz gesammelt hatten, den Teilnehmern am »Senior Course« unsere jeweiligen Einschätzungen aus Brüsseler Sicht erläutern und mit ihnen die Lage und die Zukunftsperspektiven der Allianz erörtern. Im Zentrum standen die Erwartungen an den NATO-Gipfel in Riga und die verbesserungsfähige und -bedürftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO in der Krisenvorbeugung, -bewältigung und -nachsorge, nicht zu reden vom Kampf gegen den Terrorismus und von der Gestaltung der Partnerschaften in Osteuropa und im Mittelmeer.

Ukraine

In der Ukraine gruppierten sich die Beiträge und Diskussionen unter dem Thema Friedenssicherung von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Dabei ging es vor allem um den weiteren Weg der Ukraine. Wie kann das Land seine nationale Identität finden und festigen, wie kann es seine Orientierung nach Westen und auf Mitgliedschaft in der NATO und – später – in der EU balancieren mit einem pragmatischen, vernünftigen Verhältnis zu Russland? Wie unsicher und unklar die ukrainische Entwicklung noch ist, war Anfang Juli mit Hän-

den zu greifen, als eine Regierungsbildung der »Orangen Revolution« unter Timoschenko möglich schien, dann aber Tage später mit dem Positionswechsel der Sozialdemokraten ins Lager von Janukowitsch kläglich scheiterte.

Das Seminar, das von einer polnisch-ukrainischen Stiftung mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde, bot Einschätzungen, Erläuterungen und Vorschläge, ja Aufrufe und Appelle für das weitere Vorgehen. Nicht überraschend war die Bewertung polnischer Vertreter, dass die Ukraine die NATO und die EU braucht, dies aber gleichermaßen auch umgekehrt für beide Organisationen zutrifft. Aus amerikanischem Mund war überraschend die Anregung zu vernehmen, dass sich die Ukraine zunächst der offenen Fragen in der unmittelbaren Nachbarschaft annehmen sollte. Ein subregionaler Vorschlag, z.B. gemeinsam mit Moldawien und Rumänien zu den Grenzfragen und zu organisierter Kriminalität, könne eigene Handlungsfähigkeit und das Vertrauen der westlichen Staaten in die geographisch große Ukraine ebenso erhöhen wie pragmatische und praktische Gespräche mit Russland über die gemeinsame Grenze. Ein britischer Teilnehmer und Kenner der Ukraine hielt den Ukrainern einen Spiegel vor. Der tief verwurzelte alte Status quo mit seinen machtvollen Praktiken müsse überwunden werden. Eine besonders wichtige Aufgabe bestehe darin, die Verquickung von Politik, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen zu beenden. Die Ukrainer müssten selbst die Fragen beantworten: Will ich Teil der Zukunft in Richtung NATO und EU sein? Können wir das leisten? Ist es den Einsatz wert? Wenn sie »nein« sagen, müssen sie sich die Frage beantworten: Warum? Es gehe nicht, sich hinter der Aussage, keiner wolle uns, zu verstecken. Er appellierte, dass die Ukraine am Programm der Heranführung an die NATO, dem so genannten »membership action plan« (MAP) teilnehmen solle. Unter diesem Programm könnten in einer Periode »maximaler Veränderung« neue Strukturen und Verfahren geplant, entschieden und geschaffen werden. Ausbildung neuen, qualifizierten Führungspersonals, eine Armee, die Vertrauen genieße, das Land und nicht ein Regime zu verteidigen, Grenzregelungen und verantwortliche Grenzpolizei, dies seien nur einige Bereiche, wo Veränderungen vorgenommen bzw. verstärkt werden müssten. Die damals gerade heftigen, inszenierten Proteste auf der Krim gegen eine militäri-

sche Übung »im Geiste der Partnerschaft für den Frieden«, seien Teil eines Informationskrieges, bei dem die Regierung keine aktive Gegenkampagne geführt habe. Dies habe die Teilung des Landes vertieft, die Stimmung gegen die NATO verstärkt und das Bild der Ukraine bei der NATO und deren Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Die Ukrainer hätten Anspruch, eine »informierte« Entscheidung treffen zu können. Eine Teilnahme am »MAP-Prozess« biete strukturierte innere Veränderung, ohne die letzte Entscheidung der Ukraine vorwegzunehmen. In diesem Prozess könnten alle Argumente erörtert und ausreichend Klarheit über die Konsequenzen gewonnen werden. Im Grundsatz sei dies kein Wett-

nigung mit Russland zu akzeptablen Bedingungen für alle möglich, ja nahe sei. Der ukrainische Vertreter gab zu erkennen, dass das Land nach den hohen Erwartungen der Orangen Revolution und der dann folgenden verlorenen politischen und ökonomischen Gelegenheiten nun eine neue Chance suche, um – unterstützt durch die EU, die NATO und andere – mit Russland einen neuen Anfang in der Energiepolitik zu machen. Deutlich wurde, dass das EU-Interesse deshalb für sicher gehalten wird, weil die EU 25 Prozent ihres Erdgases aus Russland bezieht und 80 Prozent davon durch die Ukraine transportiert werden. Die Erwartungen an »billige« Energie seien zerstoßen, aber es müsse einen

zwischen der EU und der Ukraine werde die Ukraine am größten, integrierten und ausgereiften Energiemarkt teilnehmen können. Für bessere Transparenz sei es wichtig, dass die Ukraine klar nachweisen könne, was hereinkomme und wie viel herausgehe und ob die Differenz ein nachgewiesener Inlandsverbrauch sei oder Verluste durch kriminelle Machenschaften zu verzeichnen seien. Neben der Erdgasthematik wies er allerdings die Ukraine nachhaltig darauf hin, dass sie die Sicherheit der Nuklearkraftwerke verbessern, bei Elektrizität Im- und Exporte ermöglichen – was auch als »back up« dienen könne und die Qualität ihrer Erdölprodukte erhöhen und den »Acquis« der EU für Erdölvorräte und -lagerung anwenden müsse.

All diese Maßnahmen könnten die Erdgasthematik weniger dramatisch betrachten und durch Experten erfolgreich bearbeiten lassen. Außerdem wurden auch die Erwartungen an die Steigerung der Flüssiggas Transporte als künftiger Beitrag zur Diversifizierung unterstrichen.

Der dritte Teil und die Vortragsveranstaltung gemeinsam mit dem stellvertretenden Außenminister in Kiew am folgenden Tag drehten sich um die Frage, was die Regierung und die Gesellschaft tun muss, um eine informierte Entscheidung für den Kurs Richtung NATO und EU zu treffen. Auffällig war in beiden Veranstaltungen, dass die Jugend stark vertreten und engagiert war. Viele waren unzufrieden mit der Aufklärung über Fakten und vermissten eine Informationsstrategie der Regierung und Verwaltung. Es reiche nicht zu sagen: »NATO = gut; GUS = schlecht«. Heute seien die NATO-Gegner zunehmend aktiv, was die Demonstrationen gegen die Partnerschaftsübung auf der Krim unterstrichen hätten. Die Regierung habe dem nichts entgegengesetzt. Ohne den Konsens einer breiten Mehrheit und bei fortgesetztem russischem Druck sei eine Politik der Westorientierung, ja -integration kaum realistisch. Man solle die eigene Arbeit nicht schleifen lassen, mit dem Hinweis, die NATO oder die EU wolle einen ja gar nicht. Das werde man sehen, wenn man seine eigenen »Hausaufgaben« erledigt habe.

Mit den Eindrücken aus der Ukraine und der in der Zwischenzeit gescheiterten Regierungskoalition unter Timoschenko und Neuaufgabe mit Janukowitsch traf ich zwei Wochen später beim NATO Defense College ein.

NATO Defense College

Aus den Bemerkungen der Botschafter war Unbehagen zu spüren, dass die Allianz zu sehr mit kurzfristigen Tagesfragen befasst ist und keine gemeinsame Perspektive für die komplexen Sicherheitsfra-



Diskussions-Teilnehmer der Veranstaltung in der Ukraine.

Foto: Autor

bewerb gegenüber Russland. Die Ukraine und Russland werden immer eine »einzigartige« Beziehung haben. Aber die derzeitigen russischen Aktivitäten in Politik und Wirtschaft, bei Investitionen und Energie zielten auf eine Schwächung der Ukraine. Vertreter des ukrainischen Verteidigungsministeriums unterstrichen, dass der »MAP-Prozess« gebraucht werde für ein planvolles Vorgehen, das die gesamte Regierung, ja die ganze Gesellschaft, fordere und einbeziehe. Es sei nicht die Frage, wie viele »Zyklen« man durchschreiten müsse. Es müsse ein Anfang gemacht werden. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die inzwischen neu gebildete Regierung Janukowitsch das ebenso sieht.

Im zweiten Teil standen die Energiefragen im Mittelpunkt. Auffällig war nicht nur der gemäßigte und optimistische Ton des ukrainischen Außenministeriums, sondern auch die überzeugte Einlassung des Vertreters der EU-Kommission, dass eine Ei-

fairen Preis geben, der nicht von politischer Erpressung diktiert werde. Außerdem wolle die Ukraine in keinem Fall das Pipelinenetz aus der Hand geben. Man setze auch große Hoffnungen auf eine Pipeline aus Zentralasien bzw. vom Irak und der Türkei durch das Schwarze Meer, wodurch die eigene Abhängigkeit reduziert werden könne.

Die EU – so der Vertreter der Kommission – betreibe keine Expansion, vielmehr sei die Frage, ob weitere Staaten beitreten wollten. Dies sei ein langer und schwieriger Vorgang. Zur Energiefrage halte er fest, dass Russland und die EU zwar sehr unterschiedlich, aber unverrückbar Nachbarn seien. Er unterstrich, dass erhebliche Einnahmen von GASPROM von der EU kämen. Und die Ukraine bleibe das größte Transitland – wenigstens für die nächsten 30 Jahre. Es gelte, pragmatisch zu arbeiten, Transparenz zu erreichen und Vertrauen aufzubauen. Mit dem Reformprogramm

gen entwickelt, geschweige denn hat, sei es in der Krisenbewältigung außerhalb des NATO-Gebiets, sei es in der Heimatverteidigung der Mitgliedstaaten gegen die neuen asymmetrischen Bedrohungen. Die Hauptstädte beäugten sich zu sehr untereinander, man wisse zu wenig übereinander, man verstehe sich bestenfalls teilweise, Vorurteile und der Verdacht auf jeweils verborgene Agenden behindere die Arbeit. Ein Botschafter beklagte den intellektuellen Konformismus im NATO HQ. Die begonnene militärische Transformation kön-



Das NATO Defense College in Rom.

Fotos: NDC



Der große Vortragssaal im College.



Carabinieri bewachen den Eingang.

ne aber nur erfolgreich sein, wenn die Komplexität der globalen Sicherheitsrisiken nicht nur gemeinsam beschrieben, sondern auch in gleicher Weise verstanden werde und so zu umfassenderen Konzepten führen könne, um ihnen erfolgreich zu begegnen. Dabei stehe man in der NATO wie in der EU bei der Frage der wirksamen Koordinierung, geschweige denn Führung von militärischen und nicht-militärischen (zivilen) Maßnahmen in der Krisenbewältigung am Anfang. Die Zeit linearer Krisen

sei Vergangenheit. Militärischer Einsatz, administrative und ökonomische Stabilisierung und Wiederaufbau sowie Gestaltung neuer politischer Strukturen erfolge fast immer eng miteinander verschränkt. Zwar könne die NATO militärische Maßnahmen der Krisenreaktion über das gesamte Spektrum vom Kampf hoher Intensität (Krieg) bis zu humanitärer Hilfe planen, aber es bleiben die Nationen, die die Fähigkeiten, die Truppen bereitstellen. Hier wird in allen laufenden Einsätzen und bei der »NATO Response Force« ständig erkennbar, dass die Hauptstädte aus unterschiedlichen Gründen oft nur begrenzt, nur zögerlich und mit einschränkenden Vorbehalten Streitkräftekontingente verfügbar machen.

Noch schwieriger werde die Diskussion, wenn wegen der erkannten Komplexität aller zivilen und militärischen Maßnahmen vorgeschlagen werde, der Allianz hier eine koordinierende Aufgabe zwischen den unterschiedlichen internationalen Akteuren zuzuordnen. Die einen sehen alleine die UN dafür legitimiert – müssen aber einräumen, dass sie dafür praktisch unzureichend ausgestattet ist. Andere argumentieren, dass hier eine besondere Stärke der EU liege, die bereits in eigener Zuständigkeit und Verantwortung über ein breites Spektrum verfüge. In keinem Fall wollen die Nationen innerhalb der NATO einen Aufwuchs ziviler Kapazitäten.

Es war der französische Botschafter, der anregte, für diese drastisch geänderten Herausforderungen zwischen der EU und der NATO neue, geeignete Möglichkeiten, Konzepte und Verfahren der Zusammenarbeit zu entwickeln und nicht bei der begrenzten »Berlin plus«-Regelung zu bleiben, die wahrscheinlich in Bosnien zum ersten und zum letzten Mal zur Anwendung gekommen sei. Alle Überlegungen einer verbesserten, intensiveren Zusammenarbeit, die die jeweiligen Vorteile beider Organisationen nutzt, können aber nicht zum Zuge kommen, solange sich die jeweiligen Gremien nicht zu inhaltlichen Debatten treffen können. Denn die ungelöste Zypernfrage führt dazu,

dass die Türkei nur gemeinsame Sitzungen mit 23 EU-Mitgliedern – ohne Malta und Zypern – für möglich hält. Die EU besteht andererseits darauf, dass alle Themen – außer der Operation von EUFOR in Bosnien – zu 25 mit der NATO erörtert werden. Während es bedauerlich sei, dass die Türkei Sitzungen unter diesen Bedingungen nicht zulasse, so unverständlich sei es, dass die EU kaum Anstrengungen unternehme, um die erfolgte Ablehnung einer Lösung durch die griechischen Zyprioten zu überwinden.

Es gibt aber auch zahlreiche Themen, die in der Allianz selbst angepackt werden müssen. Die NATO ist dabei, ihre dritte Kommandostruktur seit 1991 einzunehmen und schon wieder ist der Ruf laut, dass diese erneut im Sinne von Einsparungen bei Personal und Ressourcen zu überprüfen sei. Gleichzeitig haben die Verteidigungsminister im Juni einen geänderten Einsatzrahmen (»level of ambition«) der Allianz beschlossen. Planerische Grundlage sind nur noch zwei gleichzeitige größere Einsätze, aber dafür will man auf bis zu fünf kleinere Einsätze (bei Landstreitkräften Divisions- oder Brigadestärke) vorbereitet sein. Es wird sich zeigen, ob die Nationen bereit sind, den Drang von Einsparungen bei der NATO-Kommandostruktur durch verbesserte und zahlreichere multinationale Stäbe in ihren Streitkräften zu kompensieren – und zwar mit teilstreitkraftgemeinsamen wie teilstreitkraftspezifischen Stäben.

Viel Arbeit sei erforderlich, um die politischen Entscheidungsverfahren so zu gestalten, dass auch bei weniger dramatischen Situationen die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Nationen und deren Einschätzungen zeitsparend zu einem klaren Konsens geführt werden können. In der Diskussion mit den Lehrgangsteilnehmern wurde klar, dass dazu eine gemeinsame Strategie gebraucht wird, die nicht nur Bedrohungen beschreibt, sondern eigene Ziele formuliert und klare und gemeinsame Orientierung gibt, wie man den neuen Risiken erfolgreich gemeinsam begegnen kann und will. Der Optimismus der Botschafter, dass die Nationen diese neue Strategie bis 2009 schaffen werden, war begrenzt. In diesen Zusammenhang fällt auch die notwendige Anpassung der Informationsstrategien an die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Meinung – in den Heimatländern und weltweit – in den Krisen und Konflikten auf unserem Globus. Dabei werde das Internet eine wichtige, in Teilen entscheidende Rolle spielen.

Die zahlreichen Beiträge – auch zu den Fragen der Transformation, von Stabilisierung und Wiederaufbau von Einsätzen: »wo und wann gefordert!«, von Partnerschaften weltweit und der Aufnahme neuer Mitglieder – bündelte ein Botschafter – bei aller verständlichen Skepsis im einzelnen – in die Worte, dass der Schutz unserer Bürger und die Bewahrung unserer Werte und unserer Freiheit, sie zu leben, eine kraftvolle Allianz zwingend erfordere. Gäbe es sie nicht, müssten wir sie in dieser gefährlichen Lage für den freien Westen gründen, um unsere gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten. ■

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war bis Ende April 2006 Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der EU und WEU und ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.